

Beantwortung der Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. Dezember 2023

Thema: „Anfrage zu Unterbringungsgebühren für Geflüchtete in Gera“

Frage 1

Basis ist die Benutzungsgebührensatzung für öffentliche Einrichtungen bei der Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen in Gera (Drucksachen-Nr. 71/2022) vom 1. August 2022 und die gesetzlichen Regelungen des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes – ThürFlüAG - sowie der Thüringer Spätaussiedleraufnahmeverordnung - Thür SAVO -).

Frage 2

Entsprechend der Satzung erhalten die unter § 1 ThürFlüAG sowie § 1 ThürSAVO beschriebenen Personengruppen einen entsprechenden Bescheid mit den entsprechenden Forderungen.

Mit Stand vom 31. Dezember 2023 handelte es sich um insgesamt 671 Fälle, davon 500 ukrainische Fälle und 171 Fälle von Personen aller Herkunftsländer. Von den 171 Fällen von Personen aller Herkunftsländer wurden 128 Bescheide auf Grund einer aufgenommenen Arbeit erstellt (ThürFlüAG).

Fragen 3 bis 5

Mit Inkrafttreten der Unterbringungssatzung im August 2022 wurden die bisherigen Verfahren und die Bescheiderstellung umgestellt.

Dort kam es zwischenzeitlich zu Überschneidungen, die der damaligen Arbeitsmenge bei gleichzeitig zu wenig Personal geschuldet waren. Die Abarbeitung dieser Aufgaben dauerte bis in den Sommer 2023.

Dies führte dazu, dass Bescheide korrigiert werden mussten, um den gesetzlichen Grundlagen sowie der Unterbringungsgebührensatzung Rechnung zu tragen.

Frage 6

Die Information erfolgte in Form eines neuen Bescheides, teilweise ergänzt durch begleitende Gespräche sowohl im Sozialamt als auch durch die Träger der sozialen Beratung. Im Beratungskontext wird je nach individuellem Bedarf mit Unterstützung von Dolmetschern (incl. Videodolmetschen) gearbeitet.

Fragen 7 bis 10

Es handelt sich um einen Verwaltungsakt; d.h. Erteilung eines Bescheids mit Rechtsbehelfsbelehrung sowie Möglichkeit des Widerspruchsverfahrens etc., der ggf. bei Bedarf durch Sozialarbeiter der sozialen Beratung in Muttersprache erläutert werden kann (siehe Beantwortung Frage 6).

Sandra Wanzar
Dezernentin Jugend und Soziales